



Rezension der Publikation: David Kaufman, *This Troublesome Question. Poles, Jews and the Paris Peace Conference of 1919*, Saarbrücken: Lambert Academic Publishing 2012, ISBN 978-3847374534

Rezension von: Dr. Frank Grelka

Redaktionell betreut von: Dr. Markus Nesselrodt

Erscheinungsdatum: 15.09.2015

DOI: 10.11584/opus4-972

Die seit 2012 in elektronischer Fassung vorliegende Monographie des mit der University of Edinburgh verbundenen Historikers David B. Kaufman über die polnisch-jüdischen Beziehungen im Kontext von polnischer Staatsgründung und Versailler Friedenskonferenz ist das Ergebnis umfangreicher Recherchen in polnischen, britischen und US-amerikanischen Archiven. Der Schwerpunkt liegt dabei auf staatlichen Überlieferungen für die polnische Seite, während nicht-staatliche Überlieferungen aus der westlichen Diaspora den wichtigsten Quellenkorpus für die Darstellung jüdischer Sichtweisen ausmachen. Die Studie, auf einer Dissertation an der University of Stirling basierend, gliedert sich in eine Einleitung, fünf Kapitel und eine Zusammenfassung, ergänzt um zwei Dokumentenanhänge. Dabei handelt es sich um den Minderheitenschutzvertrag, den Polen mit der Entente am 26. Juni 1919 schloss sowie um einen Brief des Präsidenten der Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, an Ignacy Paderewski, Leiter der polnischen Delegation, am Pariser Tagungsort.

Die Entente habe durchaus nicht den Wunsch, so die Worte Clemenceaus, die Souveränität Polens einzuschränken. Da die historische Entwicklung der jüdischen Frage zu großen Animositäten geführt habe, spielt der Franzose auf das Postulat einer jüdischen Nationalautonomie in Polen an, und, mit Blick auf die galizischen Pogrome des Winters 1918/19, sei aus seiner Sicht ein spezieller Schutz für die Juden in Polen notwendig. Dieser ginge aber nicht über die Beschlüsse des 1878er Berliner Kongresses zur Religionsfreiheit ethnischer Minderheiten hinaus (S. 337). Man gehe deshalb davon aus, dass diese Klausel kein Hindernis für die politische Einheit Polens darstelle (S. 341). Rechtlich tangierte diese als Artikel 93 in den Friedensvertrag mit Deutschland aufgenommene Klausel die staatliche Souveränität des neuen Großstaates in Mitteleuropa kaum. Ohne einen allgemeinen Minderheitenschutzvertrag und die Anerkennung des Primats des Völkerbundes konnte die Einschränkung einzelner Staat juristisch nicht exekutiert werden. Und politisch hatte die Entente kein Interesse an einer innenpolitischen Schwächung Polens, sahen sie wenige Wochen vor Ausbruch des polnisch-bolschewistischen Krieges in den Truppen Piłsudskis und Hallers doch Garanten des Pariser Systems. Berücksichtigt die zu rezensierende Monographie diese rechtliche und militärische Dimension der polnisch-jüdischen Beziehungen in der frühen Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs?

Im ersten Kapitel bietet Kaufman eine konzise Einführung in das polnisch-jüdische Beziehungsgeflecht von den Teilungen Polens bis zum Ende des Ersten Weltkriegs auf dem Territorium der Ersten Republik Polen (S. 9, der Autor spricht dabei von „Polish lands“). Dabei akzentuiert der Verf. die repressive Judenpolitik im Russischen Reich und die Geburtsstunde der zionistischen Nationalbewegung nach den Pogromen von 1881 genauso wie die Formierung polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Kaufman untersucht in einer nicht immer gründlich lektorierten Arbeit [1] die jüdische Frage ausschließlich als Teil dieser Bestrebungen. Unter Überschriften wie „Schwierige Geburt“ (Kapitel 2 zur polnischen Unabhängigkeitserklärung im November 1918), „Polen unter Piłsudski und Paderewski“ (Kapitel 3 zur Situation im Innern und zur polnischen Verhandlungsposition in Paris bis zur Unterzeichnung des Minderheitenschutzvertrages, das den wertvollsten Teil der Studie darstellt), „Diese lästige Frage“ (Kapitel 4 über die Frage jüdischen Minderheitenschutzes als „das“ polnische Problem auf der Pariser Friedenskonferenz) sowie „Ein Staat im Staate?“ (Kapitel 5 über die minderheitenrechtliche Debatte auf der Friedenskonferenz in Paris) wird der Verf. seinem eigenen Anspruch auf Ausgewogenheit nicht gerecht (S. 3f.), weil er die ostjüdische Nationalbewegung einseitig als Versatzstück der polnischen und internationalen Diskussion über die polnische Staatswerdung verortet [2]. Vergeblich sucht der Leser nach einer

konzeptionellen Leitfrage, die wie ein roter Faden bei der Lektüre Orientierung verleihen würde, und stellt sich unwillkürlich eine Frage, die sich schon aus dem sprechenden Titel der Publikation ergibt: Wenn „diese Frage“ eine „lästige“ war, war sie das dann auch für die Juden selbst?

Eine Folge der methodischen Beliebigkeit ist, dass Kaufmann in eine erinnerungsgeschichtliche Narration abgeleitet, die sich sehr flüssig liest, aber als historiographische Variante nicht ohne Tücken ist. Auf der einen Seite reproduziert die Untersuchung eine beeindruckende Anzahl an Primärquellen, die für den Untersuchungszeitraum den Eindruck erwecken, als sei die Frage der staatlichen Zukunft mehrheitlich ehemaliger russischer Juden ein reines Objekt der Friedensverhandlungen zwischen den assimilierten Westjuden und ihren Regierungen in Rom, Paris, Washington, London und Berlin gewesen. Auf der anderen Seite verharret der Verf. dort in einem versöhnlichen Grundton, wo man vor dem Hintergrund eines komplexen Verhandlungsprozesses nach dem Kollaps der Großreiche quellenkritische Bemerkungen erwarten dürfte. Dieser Ton harmoniert mit einem deterministischen Ansatz, vor dem das Entstehen des polnischen Staates auf Kosten von drei Millionen künftiger Staatsbürger als eine realpolitische Notwendigkeit und die Frage jüdischer Minderheitenrechte als eine rechtliche *Petitesse* erscheinen. Dieses Unbehagen verstärkt sich mit einem quantitativen Blick auf die Auswahl der Quellen jüdischer Autorenschaft noch. Während die Anwälte der ‚Ostjuden‘ (Isaak Grünbaum, Leo Motzkin, Leon Reich, Osias Thon, Simon Rosenbaum), zusammen etwa 100 Erwähnungen finden, bezieht sich der Verf. auf Lucien Wolf allein rund 250 Mal. Es ist für eine Analyse des Jahres 1919 nicht unproblematisch, die Frage der jüdischen Bevölkerung in Ostmitteleuropa aus dem Blickwinkel dieses Doyens westjüdischer Interessensvertretung zu interpretieren. Als Vertreter einer assimilierten Diasporagesellschaft gegenüber einer distinktiven jüdischen Nationalbewegung in Ostmitteleuropa warb Wolf beim britischen Foreign Office erfolgreich gegen die Kernforderung der Zionisten nach Anerkennung einer jüdischen nationalen Minderheit in Polen. Die Forschungsperspektive der Arbeit reiht sich damit in die Reihe der traditionellen britischen Diplomatiegeschichtsschreibung über das ‚New Europe‘ ein. Seit den frühen Texten von mit dem Foreign Office verbundenen Autoren geht diese Schule von der Prämisse aus, dass die Neuordnung Ostmitteleuropas in Paris konzipiert wurde und marginalisiert damit den Einfluss einheimischer Akteure und innenpolitischer Diskurse, etwa über die Frage der bürgerlichen Gleichberechtigung im Rahmen der Verfassungsdebatte seit 1919. [3] Dass das polnische Nationalkomitee in Paris später einmal staatliche Macht repräsentieren würde, war für diesen Zeitpunkt allenfalls aus einer ex-post-Perspektive selbstverständlich.

Der polnische Staat war ein Produkt der Verträge von Paris und Riga, eines Verhandlungsprozesses, der noch zwei Jahre über den Untersuchungszeitraum dieser Studie hinaus reichte. Das trifft besonders auf die Darstellung des Pogroms an der jüdischen Bevölkerung Lembergs nach dem Einmarsch polnischer Truppen im November 1918 zu. Der Verf. zeichnet ein vermeintlich objektives Bild der Lemberger Ereignisse, indem er auf rund 30 Textseiten sämtliche Variationen jüdischer und polnischer Interpretation aneinanderreihet. Das liest sich wie ein Kaleidoskop an Schuldzuweisungen und Exkulpationen, verbreitet über diplomatische Kanäle und in der polnischen und europäischen Presse. So stehen jüdische Thesen von dem Pogrom als einem von langer Hand geplanten Akt polnischer Feindseligkeit (S. 84), zionistische Pressekampagne und politische Lobbyarbeit gegen die Warschauer Regierung (S. 98f.) neben polnischen Rechtfertigungsversuchen über die von Zionisten künstlich in die Höhe geschraubten Opferzahlen (S. 317), und dem monopolistischen jüdischen Kramladenhandel, der zwangsläufig marodierenden Truppen der kollabierenden k.u.k.-Armee habe zum Opfern fallen müssen (S. 76). Der Verf. folgt in diesem Textabschnitt den Interpretationen der Quellen. Die polnisch-jüdischen Beziehungen nach dem November 1918 seien in einem weit bedrohlicheren Zustand als in der Vergangenheit, diese Schlussfolgerung am Ende von Kapitel 2 mutet auch angesichts von mehr als 220 Fußnoten für allein diesen Textabschnitt unverhältnismäßig, ja banal an (S. 107).

Zu Beginn seiner Schlussfolgerungen nimmt der Autor diesen Faden wieder auf und schließt sich dem polnischen Regierungsdiskurs über die galizischen Pogrome des Winters 1918/19 an: „Most of all, there was the perceived disloyalty of the country's Jewish population and its co-religionists abroad who were seen [...] usually hostile, to Poland regaining her independence“. Obgleich der Autor in diesem Zusammenhang distanzierende Attribute wie „überhöht“ (magnified, S. 314) gebraucht, bleibt er eine Bewertung der Haltung der doktrinär antisemitistischen polnischen Staatsführung und der militärischen Strafaktionen gegen die jüdischen Zivilbevölkerung schuldig. Kaufmans These, dass es dem institutionellen Rahmen einer relativen Pressefreiheit oder der Anwesenheit einer jüdischen Minderheit im verfassungsgebenden polnischen Parlament seit 1919 zu verdanken sei (auch die Deutschen hatten zwei Mandate, die jüdische war also entgegen der Behauptung des Autors, S. 315, nicht die einzige Minderheit in diesem Sejm), dass die Minderheitenfrage überhaupt auf dem Pariser Verhandlungstisch landete (S. 314) ist kontextabhängig, weil er die rechtliche Lage osteuropäischer Juden nicht thematisiert, oder auf Versprechungen polnischer Spitzenpolitiker verkürzt, deren Verbesserung verheißend (S. 171).

Die Emanzipation der osteuropäischen Juden von einer konfessionellen Gruppe zu einer diskutablen Rechtsperson war ein wichtiger Teilerfolg zionistischer Reformbemühungen um eine Beschränkung des Souveränitätsdogmas als Erbe absolutistischer Herrschaft. So war die jüdische Frage nicht zufällig ‚troublesome‘, sondern aus einer funktionalistischen Perspektive Ausdruck des Gestaltungsanspruchs jüdischer Akteure am Staatsbildungsprozess, der sich der Deutungshoheit neuer Nationalstaaten entgegen stellte. Dass diese Art des Rechtslobbyismus einer ethnischen Minderheit so viel Aufmerksamkeit erlangen konnte, war Ausdruck einer

polnischen Staatsdoktrin, die darin eine Gefährdung staatlicher Souveränität erblickte. Hier lohnt ein Blick voraus: Nach dem Sieg über die Rote Armee vor Warschau im August 1920 verstand sich Polen selbstbewusst als neue Ordnungsmacht, drehte den Spieß gewissermaßen um und gerierte sich seinerseits als Garant jüdischer Existenz in der Region. [4] Ein Ausdruck dieser Selbstvergewisserung der polnischen Regierung war, dass der Gesetzgeber den Anachronismus antijüdischer Gesetze aus dem Erbe des Russischen Reiches bis in das Jahr 1931 aufrechterhielt. Der Empire-Forscher Dominic Lieven weist zu Recht darauf hin, dass die gesellschaftliche Nichtintegration nationaler Minderheiten einer nicht-demokratischen, weil transzendentalen Machtlegitimation folgte, die mit militärischen Mitteln abgesichert wurde. [5] Und nach Abschluss der Pariser Friedensverhandlungen resümierte Simon Rosenbaum, Zionist und Mitglied der litauischen Friedensdelegation, wie folgt: „Richtig ist, dass die Autoren des Versailler Vertrages mit großer Behutsamkeit an den bestehenden Begriffen und Vorstellungen rüttelten [...] das Bestreben, Neues zu bauen, ohne das Alte, das Herkömmliche von Grund auf zu modifizieren, gehörte gerade zu den großen Mängeln dieses Vertrages.“ [6].

Festzuhalten bleibt, dass diese positivistisch angelegte Studie die jüdische Frage aus polnischem Blickwinkel überzeugend argumentiert, rechtliche Implikationen des Aushandlungsprozesses und die Rolle jüdischer Akteure jedoch nur ansatzweise reflektiert. Kaufman verspricht einen Blick hinter die Pariser Kulissen, versperrt aber den auf einen Paradigmenwechsel jüdischer Politik, nämlich den Bruch mit der Jahrhunderte alten Tradition des Sich-Verlassens auf staatliche Autorität und des Agierens hinter Bühnen. David Kaufman legt mit „This Troublesome Question“ ein faktengesättigtes und trotzdem gut lesbares Buch vor, das als Einstieg in das allgemeingeschichtliche Thema der polnisch-jüdischen Beziehungsgeschichte zwischen 1881 und 1919 zu empfehlen ist.

[1] Flüchtige Fehler vor allem in polnischsprachigen Textteilen, vgl. etwa Literaturverzeichnis, S. 344f., oder ‚Biuro Rasowe‘ (wörtlich: Rasse-Büro) statt ‚Biuro Prasowe‘ (Pressebüro), S. 349.

[2] Abgesehen von wichtigen Denkanstößen, die leider nicht weiterverfolgt werden, S. 64: „The Jewish minority was an important factor in defining the new Polish state, with influence not only within the likely borders of the state, but internationally as well.“ Ansonsten wird die jüdische Perspektive affirmativ bezüglich der polnischen abgehandelt, S. 67: „The international attack on Poland, conducted through the press, based on reports from Zionist organizations in the west, was one of the major causes of tension between the Polish and Jewish populations, and led to potentially volatile situation within the country.“

[3] Diese Perspektive vermittelt etwa die Wochenschrift „The New Europe“, die zwischen 1916–1920 in London erschien.

[4] Zum Beispiel: MSZ, Wydział D I Referat Spraw Żydowskich: Rzut na stan sprawy żydowskiej w chwili obecnej [Außenministerium, Abtl. DI Referat für jüdische Angelegenheiten: Blick auf die jüdische Frage in der aktuellen Situation], ca. 1921. Archiwum Akt Nowych, 9391, Bl.19-23.

[5] Dominic Lieven, *Empire: The Russian Empire and its Rivals*, New Haven 2001, XIII – XV; Verweist in einer intentionalistisch angelegten Studie auf symbolische Motivationen antijüdischer Gewalt im Interesse der polnischen Nation, Eva Reder, *Polish Pogroms 1918–1920 and 1945/46: Theoretical Approaches, Triggers, Points of Reference*, in; Marija Wakounig (Hg.), *From Collective Memories to intercultural exchanges*, Wien 2012, S. 185-208, hier S. 205-206.

[6] Simon Rosenbaum, *Der Souveränitätsbegriff. Ein Versuch seiner Revision*, Zürich 1932, S. 57-58.

Diese Rezension erschien ursprünglich auf www.pol-int.org.